

## Die Weimarer Situation und heute

In der politischen Diskussion wird immer wieder auf die Verhältnisse der Weimarer Republik zurückgegriffen, was verständlich ist, da es die letzte Erfahrung parlamentarischen Staatslebens ist. Und Erfahrung bedeutet in der Politik viel. Aber zu dieser Erfahrung muß denn doch gesagt werden, daß sie eigentlich unmittelbar nur die haben, die heute über fünfzig sind. Und daß auch diese sie meist rückwärts einseitiger sehen, als sie gesehen werden darf. Denn die Unterschiede zwischen heute und damals sind doch wohl mindestens so wichtig wie die Parallelen.

Die politische Situation der Weimarer Republik war sehr wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß eine radikale Opposition von rechts und eine radikale Opposition von links die tragende Mitte des Staates allmählich aufrieben. Vergleichen wir damit die gegenwärtige Situation, so können wir zunächst feststellen, daß die radikale Opposition von links, nämlich die der Kommunisten, zurückgegangen ist. Auch die vielleicht an die Wand gemalte Gefahr, daß die Kommunisten bei einer Wiedervereinigung mit der Ostzone eine bedeutsame Rolle würden spielen können, besteht nicht. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, so gab ihn der 17. Juni. Die Arbeiterschaft der Ostzone lehnt den Kommunismus ab. Das heißt also, daß er auf absehbare Zeit ohne Bedeutung ist, wenn nicht von anderer Seite eine Politik gemacht wird, die diese Situation umkehrt. Die freiheitliche Gesinnung des deutschen Arbeiters kann nur in einen neuen Radikalismus gewendet werden, falls der Arbeiter sieht, daß dauernd gegen seine Interessen eine völlig einseitige Wirtschaftspolitik getrieben wird. Die Gefahr einer solchen Gestaltung wäre die Gefahr des Bürgerblocks, über die noch, zu reden sein wird. Indem wir diesen Ausdruck gebrauchen, kommen wir auf die Situation der bürgerlichen Parteien an sich und damit zugleich zum Rechtsradikalismus. Aber auch über ihn wird vielleicht allzuviel geredet. Doch ist hier die Situation anders. Nicht etwa, daß unserer Meinung nach zu befürchten wäre, daß die neue Gemeinschaft der rechtsradikalen Parteien, die soeben in Mannheim gegründet wurde, einen gewaltigen Wahlerfolg haben wird. Bedenklicher scheint uns zu sein, daß innerhalb anderer bürgerlicher Parteien bestimmte Tendenzen vorhanden sind, nicht nur mit dem Rechtsradikalismus glimpflich umzugehen, obwohl alle Erfahrung beweist, daß gerade eine starke Hand, oder sagen wir besser eine starke Faust, erfolgreich ist, wozu zum Beispiel gehören würde, daß man Mitgliedern der verbotenen SRP auf dem Wege der verfassungsgerichtlichen Entscheidung die Grundrechte aberkennt, und zwar auch das Grundrecht des Eigentums, womit man ihnen, falls sie ihre Bestrebungen wieder aufnehmen, ihr Vermögen wegnehmen könnte, und das wäre sicher der Punkt, an dem man sie am sichersten träfe. Bedeutsamer scheint uns, daß in Kreisen bürgerlicher Parteien, und zwar besonders bei der DP und dem rechten Flügel der FDP Tendenzen vorhanden sind, den Forderungen rechtsradikaler Kreise sehr weit entgegenzukommen. Offenbar nicht nur, weil man glaubt, dadurch Wählermassen für sich gewinnen zu können; sondern wir wollen durchaus unterstellen, daß es aus der guten Absicht geschieht, den Radikalismus zu entradikalisieren. Dies aber ist ein grundsätzlicher Fehler, denn derart Leuten imponiert keinerlei Entgegenkommen sondern nur Festigkeit, denn Anständigkeit halten sie für Schwäche. Überdies wirkt sich ein derartiges Entgegenkommen leicht dahin aus, daß früher führende Nationalsozialisten, die ja doch ihre alten Ideale nicht aufgegeben haben, innerhalb der betreffenden bürgerlichen Parteien in einflußreiche Stellungen kommen und diese Stellungen dazu benutzen, systematisch alte Freunde hineinzuschieben und gut zu placieren. Dieser Klüngel hält dann eng zusammen und bedeutet innerhalb der betreffenden bürgerlichen Partei eine Gefahr, die man mit dem Wort „Unterwanderung“ zu bezeichnen pflegt. die aber nicht erst dann entsteht, wenn eine solche etwaige Unterwanderung geglückt

ist, sondern die sich sofort auftut, weil der bezüglich Klüngel ehrliche Mitarbeit im demokratischen Sinne natürlich zu verhindern bestrebt ist. Man braucht sich dabei nur der Tatsache zu erinnern, daß manche Leute die schwarzweißrote Flagge wieder zu Agitationszwecken benutzen. Sie scheinen sich nicht klar zu sein, daß dadurch die Staatsautorität erschüttert wird, während wir doch, da wir ja noch nicht allzulange aus den chaotischen Zuständen heraus sind, alles daransetzen müssen, die Staatsautorität zu stärken und für den Staat zu werben. Daß man das kann, beweist das Auftreten des Bundespräsidenten.

Die geschilderten Verhältnisse zeigen, daß eine wirkliche Festigkeit innerhalb der bürgerlichen Parteien wenigstens in der DP und der FDP nicht vorhanden ist. Wir sprechen das aus, ganz einerlei, ob die zusammengeleimte Einigkeit der FDP halten und sich bessern oder ob diese Partei bei irgendeiner Gelegenheit auseinanderbrechen wird. Der Historiker muß die letztere Möglichkeit sehen, denn seit hundert Jahren hat es im deutschen Liberalismus immer zwei gegensätzliche Richtungen gegeben. Einst waren es *Bennigsen* und *Eugen Richter*, heute sind es *Maier* und *Middelhaue*.

Man wird auch sagen können, daß die CDU, wie sie sich heute darstellt, nicht mehr die geschlossene Partei ist, die einmal das Zentrum bis zum Jahre 1933 war. Das liegt wesentlich daran, daß die CDU durch die Hinzunahme großer Massen evangelischer Wähler die einheitliche Grundlage der konfessionellen Verbundenheit verloren hat. Das alte Zentrum konnte seiner Wählerschaft im großen und ganzen sicher sein. Solange wenigstens, als es die Politik einer ausgesprochenen Mittelpartei führte, was sich nicht nur auf die Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik bezieht, sondern auch darauf, daß das alte Zentrum allmählich zu einer ausgesprochenen staatspositiven und staatstragenden Partei geworden war. Im Grunde genommen war das Zentrum lange Zeit hindurch wirklich die einzige konservative Partei, die es in Deutschland gab, denn ihre Nachbarn zur Rechten, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Partei der Weimarer Zeit, waren ja nicht konservativ im eigentlichen Sinne, sondern, da sie einen vergangenen Staatszustand wieder herbeiführen wollten, reaktionär. Sie haben dadurch zur Erschütterung des Weimarer Staates sehr wesentlich beigetragen. Man sollte die damaligen Auswirkungen dieser Politik nicht vergessen und sich darüber klar sein, daß in dem Unterwanderungsproblem, von dem wir sprachen, eine ähnliche Gefahr vorliegt. Und man wird auch einen Schritt weitergehen können und sagen müssen, daß ein Teil der evangelischen bisherigen Wähler der CDU derartigen Gefühlsduseleien gegenüber sehr anfällig ist. Das ist nicht verwunderlich, da sie ja zum Teil aus der alten Wählerschaft der Deutschnationalen kommen. Es ist auch festzustellen, daß der Versuch, innerhalb der CDU die konfessionellen Gegensätze zu neutralisieren, nicht absolut gelungen ist. Die protestantischen Wähler und auch ein Teil der protestantischen führenden Persönlichkeiten fühlen sich vielfach benachteiligt, was gewiß nicht daher kommt, daß die Parteileitung die Parität nicht einhalten möchte; im Gegenteil hat man den Eindruck, daß sie geradezu ängstlich darum bemüht ist. Aber es besteht nun einmal die Tatsache, daß der katholische Volksteil politisch besser geschult und viel klarer ist, wodurch er auch größeren Einfluß hat. Dazu kommt noch, daß führende katholische Politiker aus ihrer weltanschaulichen geschlossenen Fundierung heraus, da, wo sie die Möglichkeit dazu haben, versuchen, strittige Fragen des Verhältnisses von Kirche und Staat und Schule im Sinne der katholischen dogmatischen Auffassung zu lösen. Evangelische Kreise sind da teilweise mitgegangen, aber es hat auch Opposition gegeben, so hat sich z. B. in Hessen die evangelische Kirchenleitung ausdrücklich für die Simultanschule ausgesprochen und der letzte offizielle Schritt in dieser Richtung, der Hinweis des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Ministerpräsidenten des Südweststaates, daß das Konkordat eingehalten werden müsse, wird durchaus nicht geeignet sein, dem konfessionellen Frieden zu dienen. Wir haben im „Parlamentarischen Rat“

darüber, ob das Konkordat gelte oder nicht, lange und scharfe Debatten gehabt, in denen nicht nur die SPD die Geltung des Konkordates abgelehnt hat, und zwar mit durchaus guten, auch völkerrechtlich guten Gründen, Mißgriffe wie dieser stehen nicht allein und bedeuten in der parteipolitischen Situation eine Gefährdung der CDU. Ob die Außenpolitik des Bundeskanzlers der CDU schaden wird, kann man im Augenblick wohl kaum beurteilen, da die Situation in der letzten Zeit verschiedentlich gewechselt hat. Ebenso wenig kann man etwas darüber sagen, wie die Remilitarisierung politisch auf den Wähler sich auswirken wird. Objektiv bedeutet sie natürlich eine gewisse Gefährdung der Bundesrepublik als demokratisch-republikanische Staatsform, da die Kreise, die an der Remilitarisierung unmittelbar interessiert sind und wohl auf das neue Militär einen gewissen mindestens geistigen Einfluß ausüben würden, zu den politisch Unbelehrbaren gehören, wie es sich bei verschiedenen Fällen der letzten Zeit erwiesen hat. Was Loyalitätserklärungen von dieser Seite bedeuten, müßte man eigentlich aus Erfahrung wissen. Immerhin ist von der CDU zu sagen, daß sie eine unbedingt staatzuverlässige Partei ist und faule Kompromisse nach einer anderen Seite hin ablehnt.

In dieser Beziehung ist sie der führenden Partei der bisherigen Opposition eng verbunden, wenn nicht zu sagen gleich. Denn auch die Sozialdemokratische Partei ist genau so staatzugrund und staatzuverlässig mit dem Unterschied, daß sie in bezug auf die Staatsform militanter ist als die CDU. Die Sozialdemokratische Partei ist in dieser Beziehung eine Oppositionspartei, genau so, wie es im Augenblick die Labour Party in England ist. Sie erkennt Staat und Staatsform rückhaltlos an, wenn sie auch in vielen einzelnen politischen Fragen mit der Koalitionsregierung nicht einig geht. Blickt man auf die Entwicklung der SPD seit dem Jahre 1919 zurück, so wird man sagen können, daß sie die Schwierigkeiten, die sie in der Weimarer Republik zeitweilig hatte und die darin bestanden, daß ein Teil ihrer Wähler, ja auch ein Teil ihrer Unterführer, sich in die Rolle einer mitregierenden und mitverantwortlichen Partei nicht hineinfinden konnte, durchaus überwunden hat. Unter diesem Gesichtspunkt ist der ständig wiederholte Versuch bürgerlicher Politiker, die Sozialdemokraten als „marxistisch“ mit den Kommunisten zusammenzuwerfen, mehr als eine schlechte politische Agitationsphrase, sie ist im Grunde genommen eine politische Dummheit, gerade auch vom Standpunkt derer, die diese Phrase anwenden. Man müßte sich doch darüber klar sein, daß die Sozialdemokratie recht eigentlich der ausgesprochene Gegner der Kommunisten ist, wozu der Hinweis genügt, daß beide ja im großen und ganzen um die gleiche Wählergruppe werben und kämpfen. Bei den letzten Wahlen haben die Sozialdemokraten meist gute Erfolge gehabt, die CDU oft geringere. Wir wollen daraus nicht voreilige Schlüsse ziehen und uns darauf beschränken, darauf hinzuweisen, daß eine Oppositionspartei in der Regel die fruchtbareren Weideplätze findet.

Wichtig für die bisherige Entwicklung ist, daß bisher die beiden staatzugrundenden Parteien im Verhältnis von Regierung und Opposition standen, daß also vom Staatsstandpunkt aus der Erfolg der einen Partei nur gegen diese Partei, nicht gegen den Staat ausschlägt, daß also bisher durch diese Trennung der Prozeß nicht eingesetzt hat, der die Entwicklung in der Weimarer Republik charakterisierte und von dem wir ausgingen, daß nämlich die tragende Mitte von beiden Seiten zerrieben wurde. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Dies soll keine Prognose für die Koalitionsgestaltung der Zukunft sein, denn es gibt auch andere Gesichtspunkte, nach denen eine Verbindung SPD und CDU, deren tragender Flügel dann der linke wäre, eventuell mit dem linken Flügel der FDP eine Koalitionsmöglichkeit böten. Doch sind das Perspektiven in die Zukunft, die hier nur dargelegt werden müssen, um das Bild abzurunden, nicht um sie als wahrscheinlich oder gar als einzig richtig und sicher kommend zu bezeichnen. Wir beschränken uns darauf, nach einem Wort von *Lassalle* „auszusprechen was ist“.